



Wie sprechen wir die Entscheidungsträger an?

3. Regionale Arbeitsgruppensitzung GDI

- Limburg Weilburg -

Regionale GDI-Aktivitäten zum Thema Wie sprechen wir die Entscheidungsträger an?

Infopapier für die Entscheidungsträger:

- Entwickelt vom Kommunennetzwerk GDI im Einzugsbereich des AfB Heppenheim
- Der Umfang beträgt 2 Seiten
- Gliederung des Infopapier
 - Worum geht es?
 - Welche gesetzlichen Verpflichtungen bestehen für die Kommune?
 - Welche kommunalen Fachthemen sind gefordert?
 - Welcher Aufwand entsteht für die Kommunen?
 - Was kann man als Kommune tun?

Inhalte des Infopapiers

- Worum geht es?

Die moderne Verwaltung arbeitet digital, effizient und transparent. Ein wesentlicher Baustein hierfür ist die **Geodateninfrastruktur (GDI)**, die den Rahmen für den einfachen und zügigen **internetbasierten Austausch von digitalen Informationen mit räumlichem Bezug** darstellt, auf kommunaler Ebene jedoch noch zu wenig genutzt wird. Schließlich hat jeder ein großes Interesse an räumlichen Daten: die Bürger, die Wirtschaft, Bundes-/Landes- und Kommunalverwaltungen und insbesondere auch die eigene Behörde.

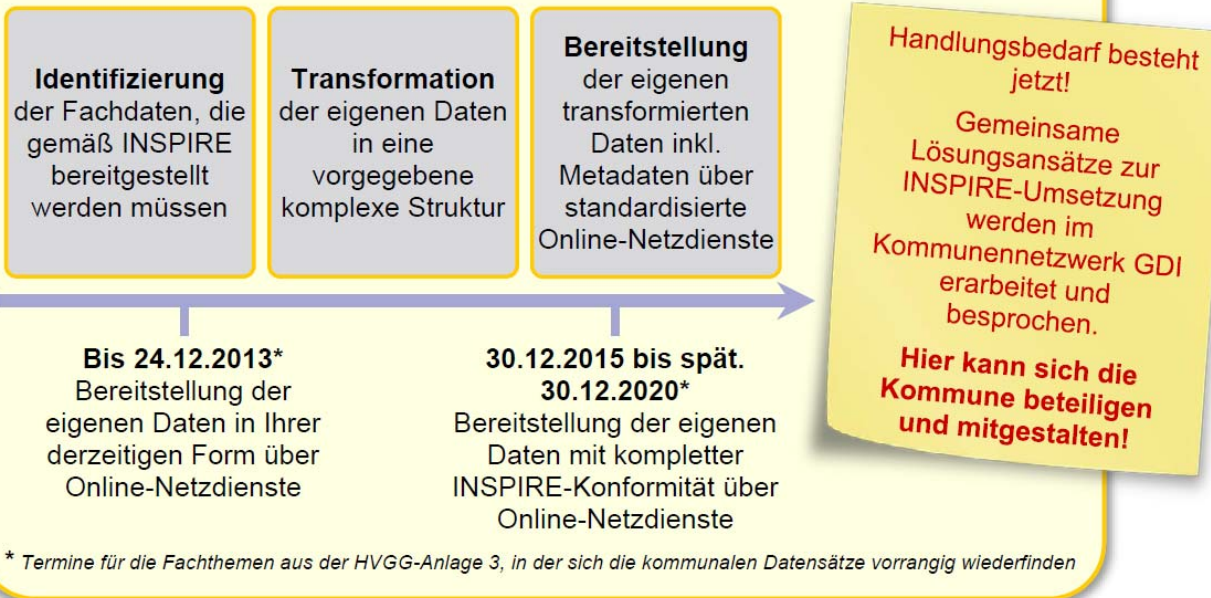
Die EU hat die Vorteile der GDI erkannt und 2007 die Richtlinie zur Schaffung einer Geodateninfrastruktur in der Europäischen Gemeinschaft verabschiedet - besser bekannt als **INSPIRE-Richtlinie** (Infrastructure for Spatial Information in Europe). Ziel dabei ist die **Verfügbarmachung grenzübergreifend einheitlicher Geodaten** zur Unterstützung umweltpolitischer Entscheidungen, beispielsweise zur Nutzung in Katastrophenfällen.

Inhalte des Infopapiers

- Welche gesetzlichen Verpflichtungen bestehen für die Kommunen?

Mit der **Umsetzung der INSPIRE-Richtlinie in Landesrecht** durch die Novellierung des **Hessischen Vermessungs- und Geoinformationsgesetzes (HVGG)** in 2010 und der dazugehörigen Ausführungsverordnung stehen auch die **Kommunen in der gesetzlichen Pflicht**, ihren Teil zum Aufbau der GDI zu leisten.

Jeder der unten grob skizzierten Schritte im **INSPIRE-Umsetzungsprozess** stellt eine **Herausforderung** dar, welche durch die Kommunen innerhalb vorgegebener **Fristen** zu bewältigen ist. Der aufzubringende Aufwand hängt dabei stark davon ab, ob INSPIRE individuell oder mithilfe interkommunaler Zusammenarbeit sowie einer zentralen Organisation umgesetzt wird.



Inhalte des Infopapiers

- Welche kommunalen Fachthemen sind gefordert?

INSPIRE nennt **34 Datenthemen**, denen ein Teil des kommunalen Aufgabenspektrums zuzuordnen ist – unter anderem
die **Kommunale Boden- und Raumplanung** (BPlan, FNP, etc.),
die **Trinkwasserversorgung**
und die **Abwasserentsorgung**.

Diese Aussage beansprucht keine Rechtsverbindlichkeit und stellt die aktuelle Lesart aus dem Kommunennetzwerk GDI dar. Dort erfolgt eine detaillierte Untersuchung der oben genannten sowie von weiteren Fachthemen.

Inhalte des Infopapiers

- Welcher Aufwand entsteht für die Kommunen?

Die Umsetzung der komplexen INSPIRE-Richtlinie erfordert

... **finanziellen Aufwand.**

Der Aufbau einer GDI bedeutet Investition (Software, Hosting, Dienstleistung, ...).

... **personellen Aufwand.**

Es fallen aufwendige organisatorische und fachliche Aufgaben an.

... **Know-how.**

Umfangreiches Know-how ist die unverzichtbare Grundlage.

Im kommunalen Interesse sollte die INSPIRE-Umsetzung so wirtschaftlich wie möglich erfolgen. Eine **Wirtschaftlichkeitsuntersuchung der GDI-Südhessen** hat ergeben, dass beim Aufbau einer Individuallösung mit 5-jähriger Laufzeit Kosten von mindestens ca. 70.000 € je Datenanbieter (Kommune) entstehen (für Software, Dienstleistung, Personal). **Gemeinschaftliche beziehungsweise zentrale Lösungen sollten angestrebt werden und können die Kosten erheblich reduzieren.**



Inhalte des Infopapiers

- Was nun?

Die Umsetzung der INSPIRE-Richtlinie kann mithilfe **interkommunaler oder idealerweise landesweiter Kooperationen** effektiver und wirtschaftlicher gestemmt werden. Die anfallenden Aufgaben können auch **an andere kommunale oder übergeordnete Stellen sowie Dienstleister delegiert** werden. Die rechtliche Zuständigkeit bleibt jedoch bei der datenverantwortlichen Kommune. Eine **zentrale Koordination und organisatorische Unterstützung** der hessischen Kommunen ist sinnvoll, auch als vertikale Schnittstelle zur Aufgabenteilung und -abgrenzung zwischen den Verwaltungsebenen. All dies sind Themen im **Kommunennetzwerk GDI**.

Um aus der INSPIRE-Verpflichtung den **Nutzen generieren** zu können, müssen die Kommunen den Mehrwert im verbindlichen Aufbau der Geodateninfrastruktur erkennen und verwaltungsinterne Arbeitsprozesse optimieren. Der einfache interne und externe Austausch zwischen verschiedenen Geoinformationssystemen (GIS) ermöglicht **bestmögliche Informationsgrundlagen für politische Entscheidungen, transparente und effiziente Auskünfte für Bürger und andere Behörden, schnelle und sichere Planungen sowie Unterstützung für die Wirtschaftsförderung oder für interkommunale Kooperationen**, beispielsweise bei Bauhöfen oder Ordnungsämtern.

Weitere
Informationen

Zum Kommunennetzwerk GDI:
www.geoportal.hessen.de/kommunennetzwerk-gdi

Zu GDI / INSPIRE: www.gdi-infotour.de





Inhalte des Infopapiers

Gibt es bis hierhin Fragen oder Anmerkungen?



Runder Tisch GDI Vogelsberg

- Gründung Anfang des Jahres 2013 durch den Landkreis und die Ämter für Bodenmanagement Fulda und Homberg (Efze)
- Aufbereitung der B-Pläne als erstes Thema
- IKZ-Projekt (Förderantrag wurde Ende Januar eingereicht)
 - Übergeordnetes Ziel der interkommunalen Zusammenarbeit: Schaffung eines Geoportals als „Informationsplattform rund um den Vogelsberg“
 - Aufbau bzw. Beschaffung einer technischen Infrastruktur
 - Bereitstellung des ersten Themas „Bauleitplanung“ als Web-Dienst
 - Erfüllung der Anforderungen aus der INSPIRE-Richtlinie
 - Konzeption eines gemeinsamen Geoportals
- Teilnahme aller 19 Kommune
- Im Vorfeld des IKZ-Projektes wurde eine Präsentation auf einer BGM-DV gehalten um die BGM über das Vorhaben zu informieren



Runder Tisch GDI beim AfB Homberg (Efze)

- Einrichtung „Runder Tisch GDI“ Ende 2009
- 4 Arbeitsgruppen mit einigen kommunalen Vertretern bestehen
 - Bebauungspläne
 - Leerstände
 - Schutzgebiete
 - Umsetzungskonzept
- Nach mehreren Arbeitsgruppensitzungen zu obigen Themen, wurde 2014 eine Interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ) gegründet
- Die Zusammenarbeit sollte alle Kommunen in den 3 Landkreisen Schwalm-Eder-Kreis, Landkreis Hersfeld-Rotenburg und Werra-Meißner-Kreis einbeziehen

Runder Tisch GDI beim AfB Homberg (Efze)

- Vorstellung des Anliegens auf einer Bürgermeister-Dienstversammlung und einer Bürgermeister-Kreisversammlung
- Info-Schreiben an die Bürgermeister und Landräte per E-Mail
- Persönliche Gespräche mit den Bürgermeistern
- Einladung durch das Regierungspräsidium Kassel auf Initiative der Landräte aus den beteiligten Kreise

[Präsentation auf der Bürgermeister-Kreisversammlung](#)